



# Waffenstillstand, Präliminarfriede, Friede.

Von unserem Berliner Vertreter.

Die Entwicklung der Verhandlungen, die zum endgültigen Abschluss des Friedens zwischen Deutschland und der Entente führen, nimmt anscheinend einen anderen Verlauf, als es bisher bei Friedensverhandlungen zwischen kriegsführenden Staaten der Fall war. Schon die Note der deutschen Regierung an London, in dem um Modifizierung einzelner Punkte des Waffenstillstandes gebeten wurde, zeigte, daß noch andere Faktoren für das Stärkeverhältnis der beiden Parteien maßgebend sind, als die rein militärische und militärpolitische. Die Antwort Londons auf die deutschen Vorstellungen ist sehr schnell erfolgt und hat weitestgehend in dem wesentlichen Punkte den deutschen Wünschen entsprochen. Allerdings berührt die Antwort nicht die wichtige Frage der Auslieferung des deutschen Besatzungsmaterials. Es ist zu hoffen, daß man in Washington über diesen Punkt nicht so leicht reden lassen, denn Deutschland kann in der schwierigen Lage, in der es sich augenblicklich befindet, eines so großen Bruchstücks seines Bestandes an vollständigem Material nicht entbehren. Wie soll Deutschland das schwierige Problem der schleunigen Beseitigung der Besatzung und von der Entente zu bezeichnenden Anteilen lösen? Wie soll es das brennende Problem der Vorträgung auch nur einigermaßen in befriedigendem Sinne regeln, wenn ihm die hierzu unbedingt nötigen Mittel abgezogen werden. Die Garantie, daß dadurch Deutschlands Sicherheitslage für die prompte Innehabung der Friedensbedingungen geringer werden, worauf die Entente bei der Schwere der sonstigen Bedingungen Wert legt, ist doch wirklich nicht zu fürchten.

Wenn es auch ein schwacher Trost ist, so ist es immerhin ein Trost, für den das deutsche Volk in seinem Unglück dankbar sein darf, daß sich ihm durch das Entgegenkommen Amerikas die Aussicht auf die Möglichkeit bietet, bei den kommenden Friedensverhandlungen wesentlich günstigere Bedingungen zu erhalten. In begreiflichem Triumph hat sich das englische Parlament bei Bekanntwerden der Waffenstillstandsbedingungen vertort und in feierlichem Zuge nach der Kirche begeben. Hoffentlich sind sich die Führer des englischen Volkes bei dieser Gelegenheit auch der Tatsache bewußt gewesen, daß sie trotz des äußeren Triumphes in einer kritischen Stunde leben. Hoffentlich haben sie sich bei dieser Gelegenheit jedoch innerlich auch einmal mit der Frage beschäftigt, ob der Kampf gegen die eigene Überheblichkeit zum mindesten nicht weniger notwendig ist, als der Kampf und die Strenge gegen den überwindenden Feind. Was auf der Gegenseite nicht prozessieren werden, das das deutsche Volk trotz seiner militärischen Niederlage durch sein Bewußtsein zur Idee der wirklichen Demokratie innerlich fähig ist, als je zuvor. Über die Bedeutung der Idee im Kampf der Völker braucht man der Entente doch kaum eine Vorlesung zu halten. Lloyd George, Wilson und Clemenceau haben in den Zeiten, da die äußeren Erfolge auf Seiten Deutschlands waren, die Zuversicht ihrer eigenen Völker dadurch belebt, daß sie ihnen überausenob klar machen konnten, der Kampf für die Sache der Freiheit bilde das höhere Ideal, dem trotz aller Gefahren fechter oder später der Sieg folgen müsse. Diesen moralischen Trumpf hat, falls die Entente sich nicht zu den Ideen der Vernunft und der Verständigung bekennt, das deutsche Volk in seiner Hand, und es wird ihm zu spielen wissen, wenn von der Gegenseite der Versuch gemacht werden sollte, die Möglichkeit seiner Weiterexistenz zu beschränken oder gar zu vernichten.

Die Notwendigkeit, über den provisorischen Abschluß der Friedensverhandlungen hin und hin dauernden Zustand des Friedens zu gelangen, hat die deutsche Regierung veranlaßt, an Wilson das Ersuchen zu richten, baldige Schritte zum Abschluss eines Präliminarfriedens einzuleiten. Als wichtigster Grund für den Wiederbau des Friedenswerkes wird die Bedrohung der deutschen Volksernährung bezeichnet, die unbedingt abzuwehren ist, wenn es dem deutschen Volke nicht möglich wird, durch baldigen Anschluß an das Welthandelsnetz zu einem schnellen Abbau der Hungersnöte zu kommen. Von Seiten der führenden Männer Deutschlands wird damit auf das Problem abgedeutet, von dem es in erster Linie abhängt, ob sich die Entwicklung des neuen Deutschlands in ruhigen und gesicherten Bahnen vollziehen wird oder ob das Hungergepenk das deutsche Volk in jene Schrecken hineinziehen wird, in die es das russische getrieben hat.

In dem Worte Präliminarfrieden liegt ein bedeutungsvoller Vorbehalt. Die deutsche Regierung weist darauf hin, daß sie wohl geneigt ist, Frieden zu machen. Es spricht aber damit zugleich die Hoffnung aus, eine endgültige Resolution der schwebenden Fragen einem allgemeinen Friedenskonferenz zu überlassen. Der Präliminarfrieden soll eben nur dazu dienen, den Grundstein des allgemeinen Friedens zu legen und einen Helfer zu seiner Fortentwicklung zu bilden, über die die Völker der Welt den Weg zueinander finden sollen und finden müssen. Die ganze Entwicklung der Dinge weist darauf hin, daß dieser Präliminarfrieden dem Waffenstillstand gegenüber ein bedeutender Fortschritt sein muß. Die Führer der Entente sind nach dieser Richtung hin ihren Willern gegenüber viel zu viele Verpflichtungen einzuweisen, als daß es ihnen gegenüber noch ein Zurück gäbe. Über dieser Präliminarfriede ist, was er noch so vorläufig sein, für Deutschland nicht das Ausdrucksbedeutende. In der Schwere seiner Leiden hat sich das deutsche Volk zum Gedanken des Wiederbaues des Weltfriedens gelöst, und es ist heute mehr denn je davon durchdrungen, daß ein dauernder Friede und ein wirkliches Glück der Völker nur durch eine Verwirklichung dieses großen Gedankens zu erreichen ist. Durch das Bewußtsein zu dem Gedanken Wilsons hat das deutsche Volk erreicht, daß es für die Idee gewillt ist, nicht nur ihre, sondern auch praktische Opfer zu bringen. Aber auf der anderen Seite ist es auch klar, daß diese Opfer nicht einseitig von Deutschland verlangt werden brauchen und verlangt werden dürfen. Am unbefohlenen Bewußtsein aber zur reinen und unverfälschten Idee steht die große innere Kraft, über die das deutsche Volk trotz seines Unglücks noch verfügt. Mögen heute die Völker, daher der Entente in der Stunde ihres äußeren Glückes nicht Worte der Vernunft vernachlässigen, zu denen sie sich einst bekannt haben: Das neue Deutschland wird nicht müde werden, sie daran zu erinnern.

## Beratung des deutschen Ersuchens um Wiedergeburt der Verhandlungen.

II. Das in Paris erscheinende Blatt *Revue* Gerold meldet aus New York: Das deutsche Ersuchen um Wiedergeburt der Waffenstillstandsbedingungen ist in der Nacht zum Dienstag hier eingetroffen. Wilson rief sofort Konstantin an sich, die Departementchefs, Legation und der Marine an sich. Die Weitergabe der Note an die Alliierten dürfte nicht vor Mittwoch, die Antwort nicht vor Ende der Woche zu erwarten sein.



## Frankreichs Absichten auf das linke Rheinufer.

II. Die russische Zeitung schreibt: Wie wir aus zuverlässiger Quelle aus der Schweiz hören, besteht in französischen chauvinistischen Kreisen der Plan, das linke Ufer des Rheins möglichst lange besetzt zu halten, bis alle Entschädigungen und Wiedergutmachungen voll bezahlt seien. In dieser Zeit soll unter der linksrheinischen Bevölkerung eine großartige Propaganda entfaltet werden, um sie zum Anschluß an Frankreich zu bewegen und schließlich in irgendeiner Form eine Entschädigung in diesem Sinne verwirklicht werden, die es ermöglicht, diesen Anschluß als freien Willen der linksrheinischen Bevölkerung auszugeben.

Die Engländer fordern die Auslieferung des Kaiser. II. Amsterdam, 14. Nov. (Telegr.) Dem Allgemeinen Handelsblatt wird von seinem Londoner Korrespondenten telegraphiert, daß, von vielen Seiten, auch von der gemäßigten, gegen den Aufenthalt des früheren deutschen Kaisers in Holland energisch protestiert wird. Man verlange allgemein seine Auslieferung an die Alliierten.

## Zu den Bedingungen des Waffenstillstandes zur See.

III. Der deutsche Waffenstillstandsdelegation ist folgender Zusatz zu dem Vertrage zugegangen: Mit Rücksicht auf die neuen Ereignisse wird den Bedingungen des Waffenstillstandes zur See hinzugefügt: falls die Fahrzeuge nicht in den bezeichneten Häfen übergeben werden sollten, werden die Regierungen der Verbündeten und der Vereinigten Staaten das Recht haben, Helgoland zu besetzen, um ihre Uebergabe zu sichern.

IV. Für Puffer 23 der Waffenstillstandsbedingungen (Unterzeichnung deutscher Kriegsschiffe in neutralen Häfen oder Häfen der verbündeten Mächte) sind von England zunächst folgende Kriegsschiffe namhaft gemacht: Bayern, König, Großer Kurfürst, Kronprinz Wilhelm, Markgraf, Friedrich der Große, König Albert, Kaiserin, Kaiser, Prinzregent Luitpold, Hindenburg, Vestfänger, Engelsh, Wolke von der Tann, Drummer, Drems, Köln, Dresden, Emden, Frankfurt, Wiesbaden, u. 50 modernste Zerstörer. Die Abfahrt muß bis zum 18. Nov. 5 Uhr vormittags erfolgen. Das Ziel ist noch nicht genannt. Die Schiffe sollen mit reduzierter Besatzung fahren, ohne Munition.

V. Aus Wilhelmshaven wird gemeldet: Der kleine Kreuzer Königsberg ist um 1 Uhr mittags mit den Besatzungsmännern der Arbeiter- und Soldatenrates der Flotte zur Zusammenkunft mit Vertretern der englischen Admiralität in See gegangen. Den Vertretern ist eine Vollmacht mitgegeben, in der es heißt: Der Arbeiter- und Soldatenrat der Nordsee-Flotte und der Flotte erteilt hiermit dem Oberleutnant Wilhelm Bergner, dem Oberleutnant Alfred Jans und dem Torpedobootmaschinenmaat Mohrmann, die Vollmacht, Verträge abzuschließen. Admiral v. Hipper nimmt als sachmännlicher Berater an den Verhandlungen teil. Gestern nacht hat durch Spruch der Chef der englischen Flotte dem Chef der hochseefähigen Anweisung gegeben, sich mit einem Kreuzer an einer bestimmten Stelle einzufinden, um die Besprechungen zur Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen aufzunehmen.

Das französische Hauptquartier in Metz? II. Das Echo de Paris meldet, daß das französische Hauptquartier binnen 10 Tagen in Metz errichtet sein wird. (Vielleicht handelt es sich hier um einen Wunsch des französischen Volkes.)

III. Aus belgischer Quelle verlannt, daß die Alliierten in ihren letzten Stellungnahmen noch 3 Tage verbleiben werden. Vom 3. Tage ab werden sie täglich 10 Km. vorrücken. Die Deutschen müssen also täglich 10 Km. räumen. Daraus ergibt sich, daß die Alliierten am Sonntag in Brüssel und Antwerpen sein werden.

## Der Rücktransport der Armee.

II. Über den Rücktransport unserer Frontarmee und Besatzungsarmee nach der Heimat scheinen an dem maßgebenden Stellen endgültige Bestimmungen noch nicht getroffen zu sein. Während man noch festhalten muß die Ansicht vertritt, von heute ab täglich 7 bis 8 Militärlüge verkehren zu lassen und die Helmbedeckung in Angriff zu nehmen, ist jetzt in Aussicht genommen, das das Heer zu Fuß bis zu unserer Landesgrenze aber wenigstens bis weit zur belagerten Grenze ziehen soll, wo dann die größeren Transportwege zumammenschließen werden. Sowie Scheit ebenfalls festzuhalten, daß von Freitag, den 15. d. M. ab, eine ganz erhebliche Einschränkung des Zivilpersonenverkehrs in Aussicht genommen ist und sogar in Erwägung gezogen wird, nur Zivilpersonen mit besonderen Ausweisen zum Zugverkehr zuzulassen.

## Das deutsche Hauptquartier.

II. Das große Hauptquartier mit Generalfeldmarschall Hindenburg 1 an der Spitze wird morgen vormittag in Wilhelmshöhe eintreffen und im dortigen Schlosshotel, das schon heute für die Aufnahme Vorkehrungen getroffen hat, Wohnung nehmen.

## Die Elbe-Votivfeier.

II. Das deutsche Oberkommando hat am frühen Nachmittag des 13. November einen Festspruch folgenden Inhalts an das alliierte Oberkommando gerichtet: Die französische Bevölkerung Elbe-Votivfeiern nimmt an gewissen Punkten eine feindselige Haltung den deutschen Truppen gegenüber an. Um Vorkommnisse zu vermeiden, erlauben wir die Reiter in die Elbe-Votivfeier radiotelegraphisch zur Ruhe zu ermahnen.

## Lebensmittelversorgung durch Amerika.

III. Die *Times* meldet aus Washington: Die beste Methode Friedensnahrung in Amerika bedeutet nicht, daß

auch die Abhängigkeit im Exporten der Maßnahmen nachlassen wird, die getroffen werden sollen, um Europa mit Lebensmitteln zu versorgen. Man hat in Amerika das Gefühl, daß es die Pflicht des Landes, dessen Opfer im Kriege verhältnismäßig gering waren, ist, Europa mit Lebensmitteln und anderen notwendigen Artikeln zu versorgen, und man stimmt allgemein mit der Ansicht des Präsidenten überein, daß die Lieferung von Lebensmitteln das beste Mittel zur Verhütung revolutionärer Entzündungen ist.

III. Aus London meldet Reuters: Vortischke nahm seine Entlassung als Direktor der Propaganda der feindlichen Länder. Der Premierminister nahm das Entlassungsgesuch an, da der Posten nicht mehr nötig ist. Der Staatssekretär des Innern Gao wurde zum Richter des Berufungsgerichts ernannt und erhielt die Peer-Würde. Er bleibt aber Vorsitzender des Depots für Kriegsgefangene.

Russische Vorbereitung für die Friedensverhandlungen. II. Einer aus Charkow in Petersburg eingetroffenen Meldung zufolge hat die Radettenpartei beschlossen, eine aus den Herren Wlissow, Saffonow und Stabow bestehende Abordnung in die Ententeländer zu senden zur Teilnahme an den bevorstehenden Friedensverhandlungen.

Die deutschen Konsulate in Rußland interniert. II. Von maßgebender Seite wird der Berliner Morgenpost mitgeteilt: Das Personal der deutschen Konsulate in Moskau und Petersburg ist interniert worden. Es ist nicht sicher, von wem diese Maßregel ausgeht. In Petersburg ist das deutsche Generalkonsulat in den Händen eines revolutionären Ausschusses, das seine Teilnahme mit Hilfe von roten Garabisten vornimmt und über dessen Zusammensetzung man keine näheren Nachrichten hat.

## Die Schweiz und die Waffenstillstandsbedingungen.

III. Zu den Waffenstillstandsbedingungen schreibt das Berner Tagblatt: Der allgemeine Eindruck dieser von General Hoch festgesetzten Bedingungen sei ein überaus niederdrückender. Keine Spur von Jener von den Franzosen beanspruchten Generosität, jener Ritterlichkeit einem belagerten Feinde gegenüber, auf die Frankreich einst stolz war. Nichts als roherer Vernichtungswille, Haß und Unmenslichkeit komme in diesem schriftlichen Schriftstück zum Vorschein. Doch verlangt werde, Deutschland habe alle Kriegsgefangenen zurückzugeben, ohne daß das Gegenrecht gehalten würde, ist ein derartiger Schimpf, daß die Geschichte ein kaum derartiges Beispiel anzuführen nicht sicher sei, daß sich unter solchen Umständen kein Fortschritt zum Frieden bilden würde. Für die Schweiz müßte die Abgabe von Lotomolken und Wogen in der vorgeschriebenen Zahl ebenso schwere Folgen haben. Di Rohenzufuhr würde, da die Schweiz selbst nicht genügend Wogen stellen könne, uns ganz unterbunden werden. Das könnten wir, so schreibt das Blatt, den Landesherrn zu denken geben, die sich allezeit in ihrem Deutlichkeit über diese Bedingungen freuen. Wir werden sie fast zu spüren bekommen.

## Die Schweiz und Deutschlands Ernährung.

II. Die Schweizer Regierung hat, wie man der Post-Zeitung mitteilt, sich bereit erklärt, nach besten Kräften Deutschlands Volksernährung sichern zu helfen und der deutschen Volksernährung zu diesem Zwecke jede Unterstützung angeben zu lassen. Sie legt jedoch dabei voraus, daß die gegenwärtige Regierung nicht von einem Regime der Anarchie abgelöst wird.

## Die deutschen Frauen an Wilson.

III. Der Bund deutscher Frauenvereine in Berlin, hat durch Frau Woodrow Wilson; die Gattin des amerikanischen Präsidenten, ferner durch die nationalen Vereinigungen der französischen, englischen und amerikanischen Frauen, mit denen er vor dem Kriege in gemeinsamer Arbeit verbunden war, auf telegraphischem und drachlosem Wege die dringende Bitte an die Frauen jener Länder gerichtet, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Waffenstillstandsbedingungen gemildert werden, da sonst der Hungertod von Millionen in Deutschland unvermeidlich wäre. Unterzeichnet sind die Telegramme von Dr. Gertraud Bäumer und Dr. Alice Salomon.

## Japanischer Annäherungsversuch an Deutschland?

II. Die in Berlin zum ersten Male wieder erschienene Korrespondenz der russischen Telegraphenagentur veröffentlicht den Entwurf eines deutsch-japanischen Abkommens zur Gärberung Auslands, welcher von japanischer Seite der bürgerlich-sozialistischen Regierung unter Prinz Waj von Waden vorgelegt worden ist und deren Zustimmung gefunden haben soll. Es würde demnach wohl bereit gewesen sein, den Vertrag abzuschließen. Japan verpflichtete sich in dem Vertrage, Deutschlands Interessen bei der kommenden Friedenskonferenz in wohlwollendem Sinne indirekt zu wahren. Andererseits verpflichtete sich Deutschland zum Abschluß einer geheimen Militärkonvention zu Waffer und zu Lande, deren Zweck ein Rückversicherungs- und Verleibungsvertrag gegen auswärtige Mächte Amerikas und Englands darstellte. Die beiden vertragschließenden Teile verpflichteten sich, den anderen vertragschließenden Teil, Deutschland an dem sich aus diesem Vertrage an einer dritten Macht, Rußland, ergebenden Vorteile, soweit sie Zentral-Asien und Persien betreffen, teilzunehmen zu lassen und den Abschluß eines Beteiligungs- und Rückversicherungsvertrages zwischen dieser dritten Macht und dem anderen vertragschließenden Teil zu fördern. In dem dem Vertrage beigegebenen Memorandum wird gesagt, daß der Schwerpunkt der künftigen Weltpolitik in einem vom Bolschewismus erzwungenen und in den ersten Jahren von anten gleichem Ausmaß liege, an dem Deutschland und Japan in gleichem Maße interessiert seien.

## Auf dem Boken bleiben.

Es ist nicht ganz leicht, sich in die neuen Verhältnisse, die die große Staatsumwälzung in Deutschland hervorgerufen hat, hineinzufinden. Bei diesen Leuten besteht über den Zustand, in dem wir staatsrechtlich jetzt leben, noch völlige Unklarheit. Demgegenüber sind folgende Tatsachen festzuhalten. Die alten Reichsvereinstellungen sind beseitigt. Die politische Macht liegt augenblicklich in den Händen der beiden sozialdemokratischen Parteien, der Reichstagspartei und der Unabhängigen. Die Regierung von 6 Männern, die sich aus diesen beiden Parteien gebildet hat, ist aber keine Regierung im alten Sinne. Die volle Regierungsmacht liegt bei der Gesamtheit der Arbeiter- und Soldatenräte. Die Regierung ist nur der Vollausdruck dieser Organisationsform. Die beiden jetzt herrschenden Parteien haben sich bei ihren Einigungsverhandlungen verpflichtet, die verfassungsmäßige Bestimmung für Gesamtdeutschland nach Konsultation der inneren Verhältnisse wählen zu lassen. Für die Anhänger

aller Parteien wird jene Wahl dann die Möglichkeit einer Vertretung schaffen. Dagegen aber erfordert es das gesamte Volkswohl, daß jeder auf seinem Posten, wo er steht, und wo er dem Vaterlande gedient hat, bleibt. Das Schlimmste, was uns passieren könnte, wäre jetzt die Gegenrevolution. Sie würde einen blutigen Bürgerkrieg mit ungewissen Ausgängen bringen. Die obersten militärischen Stellen, Oberste Heeresleitung, der Kriegsminister, der Reichshaber Ober-Ost und die Festungscommandanten haben sich den Arbeitern und Soldatenräten zur Verfügung gestellt. Damit ist ein Beispiel gegeben. Die Beamten im Range, gleichviel in welcher Stelle sie wirken, müssen und werden das Funktionieren der großen Staatsmaschinerie aufrecht erhalten. Sie vergeben ihrer politischen Überzeugung damit nichts, denn sie dienen nicht der herrschenden Partei, sondern der Volksgemeinschaft, die ja durch eine Hungersnot, eine Verheerung oder eine sonstige Störung ohne Unterbruch der Partei leiden würde. Vor allem gilt es ja auch, das Auskommen eines Volkswohls zu verhüten. Die Regierung hat aber auf der anderen Seite die Pflicht, dafür zu sorgen, daß dieser Dienst aller berechtigten Organe mit Freuden und nicht mit Geizhalsen geschieht. Die beiden herrschenden Parteien haben sich, wie gesagt, zur Berufung der Konstante verpflichtet. Sie werden ihre Position um so mehr sichern und alle gegenrevolutionären Strömungen verdrängen, je klarer und unmißverständlicher sie den Willen für die Berufung der Konstante manifestieren.

### Der Reichstag nicht mehr zukünftig.

Dr. Der frühere Hauptmann von Bezzeke hat gestern während des Besuchs im Volkshaus des A. u. S. Rates niedergeliegt. Das Mitglied des Pressenausschusses, Kurt Vose, der Herausgeber einer Zeitschrift für die sozialdemokratische Provinzialpresse, ist zum Chef der Reichstagsaktion ernannt worden. Der frühere Reichstagspräsident Schenck-Schöpsch ist am Sonntag abgereist, wohin ist unbekannt. Der Reichstag selbst wird, wie bereits gemeldet, nicht zusammenzutreten. Wie der frühere Reichstagsabgeordnete und Unterstaatssekretär Dr. Daxhoff in der heutigen Presskonferenz mitteilte, sei der Reichstag nicht mehr competent, da der Kaiser und die Bundesfürsten verschwunden sind; er sei durch die Tatsachen außer Aktion gesetzt. — Wie von zutunlicher Seite mitgeteilt wird, bleiben die bisherigen geistlichen Beamten für Offiziere und Referendare bis auf weiteres bestehen.

### Das Regierungsprogramm.

Dr. Der „Vorwärts“ schreibt: Das Programm der Reichsleitung ist, kurz gesagt, fast sozialdemokratisch. Es zielt die konstituierende Versammlung in sichere Aussicht. Die Wahl erfolgt auf Grund des allgemeinen Wahlrechts. Jeder Volksgenosse nimmt an ihr mit dem gleichen Recht teil; dasselbe gilt für alle Wahlen zu öffentlichen Ämtern. Die persönliche Freiheit wird nach allen Seiten geschützt; soziale Reformen, darunter der Achtstundentag, werden angedacht. Über die großdeutsche Republik in Österreich schreibt der „Vorwärts“: Nach Wählung der Reichsversammlung und Verbesserung der Aussichten für einen gerechten Bürgerfrieden ist dies der zweite große Erfolg, den die deutsche Republik nach ansehen sich erlauben hat. Wir grüßen die neue Bundesrepublik in heller Befestigung. Die Demokratie leidet Großdeutschland in den Säulen. Keinen wird es schon können.

### Das Programm des „Rats geistiger Arbeiter.“

Dr. Der Rat geistiger Arbeiter in Berlin veröffentlicht sein Programm, dem folgendes zu entnehmen ist. Er kämpft gegen die Unterdrückung der Arbeiter durch das kapitalistische System. Er will persönliche Freiheit und soziale Gerechtigkeit. Er begrüßt alle Methoden der Umwälzung, die nicht zur Anarchie, das heißt zur Vernichtung von Kulturgütern und zur Völkerverderbung führen. Er fordert u. a. Völkerverbund, Völkerparlament, Zwangserschleßung, gerechte Verteilung der äußeren Lebensgüter, Vervollständigung von Grund und Boden, Konfiskation der Verträge von einer bestimmten Höhe an, Bekämpfung des Strafrechts, Vermehrung des Staatsaufwands, tabuläre Reformen der öffentlichen Erziehung, Einheitslohn, freie Dozentur, Wahl der Professoren durch die Studenten, Säuberung der Presse von nationalstiller und kapitalistischer Korruption, Trennung von Kirche und Staat, ständiger Rat geistiger Arbeiter, Vorbereitung zur Durchführung dieses Programms ist nach Herstellung der Ordnung die Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung. Profektarier und Intellektuelle vereinfacht. Der Rat geistiger Arbeiter, Reichstag, Zimmer 15 B.

### Von der neuen Regierung.

Dr. Staatssekretär des Reichsjugendamtes wird der bisherige Unterstaatssekretär Schiffer. Der unabhängige Sozialist Edward Bernstein tritt in das Reichsjugendamt ein. Das Reichsjugendamt wird Herr von Krause weiter dirigieren.

### Das Unterrichtsministerium.

Dr. Folgende Herren sind zu prärogativen Sachbearbeitern für das Unterrichtsministerium ernannt: Dr. M. H. Boese, Dozent Dr. Blantenburg, Oberlehrer, Franz Kunert, Volksschullehrer, Dr. Gustav Wimpfen, Schuldirektor, Amstette.

Dr. Wie der Berliner Lokalanzeiger hört, schwaben zurzeit Ermüdungen, die bereits erlassene Anträge aus auf andere Bezirke, also nicht nur auf politische Bezirke, auszuheben, wenn in dem Urteil ausdrücklich anerkannt wird, daß dem Täter als Milderungsgrund eine durch die Kriegswirtschaft verursachte Notlage zur Seite steht.

### Austraf aus der Zentrumspartei.

Dr. Die Zentrumsparteien des Reichstages und des preussischen Abgeordnetenhauses erlassen einen Austraf aus der Zentrumspartei, worin es heißt: Jetzt gilt es, für Ruhe, Sicherheit und Ordnung im Lande zu arbeiten, um die geregelte Führung der Staatsgeschäfte zu ermöglichen. Dabei muß jedem die Wahrung seiner politischen und religiösen Überzeugung gewährleistet sein. Wir bitten unsere Parteifreunde im ganzen Lande: Betratet die Lage, bereitet die Wahlen vor, laßt auf und befehrt die Frauen, schließt euch von der Arbeit für öffentliche Einrichtungen nicht aus, helft Ordnung bewahren und öffentliche Sicherheit, damit wir alle Brot und Leben haben.

### Eine rote Garde in Berlin.

Dr. Gestern morgen erließ der Volkswart des A. u. S. Rates in Berlin, gezeichnet Richard Müller und Volkswart, folgenden Aufruf: Arbeiter und Parteigenossen in Große-Berlin! Die Revolution bedarf der Sicherung. Euer Rat hat die alte Zwangsburg zerstört. Jetzt ist die Erhaltung der Revolution zu bewahren. Wir brauchen eure Hilfe. 2000 gewählte und politisch organisierte Genossen und Arbeiter mit militärischer Ausbildung haben den Auftrag der Revolution zu übernehmen. Stellt euch zur



Der Rat der Volksbeauftragten

Verfügung! Ihr sollt Waffen erhalten und ständig dem Volkswart des A. u. S. Rates zur Verfügung stehen. Für eure Wohnung und Verpflegung soll gesorgt werden.

Dr. Vobersorn, 14. Nov. Der A. u. S. Rat meldet: Die Befehle der gestern nachmittags 1.30 Uhr von der Front nach hier zurückgekehrten Truppen melden, daß in den französischen Schützengräben, von der deutschen Grenze bis Rheine die rote Fahne gehißt ist, und daß die deutschen Truppen sich mit den französischen verdrängt haben.

Dr. Zelig, 14. Nov. Oberst Vinkau und Oberleutnant Freise, Gendarm des 10. Armeekorps, sowie 10 andere höhere Offiziere wurden angefaßt des widerrechtlichen Geistes des Offizierskorps auf Befehl des A. u. S. Rates verhaftet.

Dr. Thronerzucht Ludwig III. von Bayern. Dr. München, 14. Nov. (Telegr.) Die Korrespondenz Hoffmann meldet den Thronerzucht Ludwig III Prinz Heinrich.

Dr. Nach einer Meldung aus Hamburg befinden sich Prinz und Prinzessin Friedrich von Preußen gegenwärtig im Schloß des Herzogs von Schleswig-Holstein in Grünholz bei Schwansen. Der Prinzessin wurde durch einen Schuß auf der Flucht ein Arm verundet.

### Die Revolution in Drüssel.

Dr. Nach einer Meldung aus dem Haag herrscht in ganz Belgien Revolution. In Drüssel beherrscht ein deutscher Soldatenrat allerhöchster Richtung die Lage. In den Straßen wird dauernd gekämpft. Es gab viele Tote und Verwundete. Eine große Gefahr bilden die deutschen Waffenbestände.

### Randbedingungen in Holland.

Dr. Amsterdam, 14. Nov. In den Straßen Amsterdams herrscht gestern ziemlich aufgeregtes Leben. Vor dem Dänischen Palais und dem Damm vor der Börse haben sich in Laufe des Nachmittags große Menschenmengen angesammelt. Vor dem Palais hielt ein revolutionärer Redner eine Ansprache an das Volk, in der er die Mense aufforderte, die Republik aufzurichten zu helfen. Die militärische Wache vor dem Palais ist durch Polizei verhaftet. In Rotterdam und im Haag waren verlebende militärische Vorbereitungen getroffen. In Amsterdam sprach in der angekündigten Volksversammlung Troelstra.

Dr. Amsterdam, 14. Nov. Der Niederländischen Telegraphenagentur zufolge teilte das Ministerium des Äußeren mit, daß das Schloß Amerongen bei Utrecht von der holl. Regierung als zeitweiliger Aufenthaltsort dem früheren deutschen Kaiser zur Verfügung gestellt wurde.

### Das Schicksal der Armeemadefen.

Dr. Nach einer Meldung aus Budapest erklärte Graf Karolyi, daß Rumänien an Deutschland die Kriegserklärung richtete, um die Armeemadefen zur Entzweiung zu bewegen. Madefen habe die Waffenstillstand mit der angeblichen Beendigung verweigert, die Republik Deutschland sei seine legitime Behaltung. Die ungarische Regierung befehlige der deutschen Regierung telegraphisch, daß sie infolge ihrer politischen Grundfälle nicht nur gegen das scheinbare Vorgehen protestiere, sondern auch ihrerseits die Entzweiung Madefens fordere, weil sie die derzeitige deutsche Regierung als gesetzlich anerkenne.

Dr. Forderung auf Umgestaltung der französischen Verfassung. Dr. Der Exoner Praes meldet aus Paris: Der Syndikalistische Verband des Seine-Departements hat beschließen, einen Antrag auf Umgestaltung der Verfassung in eine demokratisch-proletarische zu stellen.

### Befehle Wiens durch Entente-Truppen?

Dr. Aus Ofenpeft kommt die Meldung, daß die Befehle Wiens durch die Entente-Truppen befohlen. Ein aus dem Hauptquartier der Ententearmee in Ofenpeft einetroffener Verbindungsbeamter erklärte, General Frankeft befehlige auch die Befehle Wiens durch die Entente-Truppen. Der ungarische Kriegsminister verhaftete den Magistratsrat in Ofenpeft, daß in den nächsten Tagen französische Offiziere und 1000 Mann dort eintraffen werden.

### Der Thronerzucht in Ungarn.

Dr. Wie aus Budapest berichtet wird, haben zur Erledigung der ungarischen Thronfrage gestern die leitenden Parteien, nachdem feststellt wurde, daß der überwiegende Teil Ungarns für die republikanische Staatsform ist, beschlossen, eine Abordnung an König Karl zu entsenden, die ihn über diesen Wunsch in Kenntnis setzen und zum Thronerzucht bewegen sollen. Man hält es für sicher, daß die Mission den Erfolg haben wird, daß sämtliche Mitglieder der Habsburger Dynastie der Stephans-Krone für alle Zeiten entfallen.

Dr. Bewegung der italienischen Sozialisten und Republikaner. Dr. Nach Meldungen von der italienischen Grenze ist in Rom und Mailand infolge Streifenhandlungen der Republikaner und der Sozialisten für Auflösung der Monarchie ein allgemeines Versammlungsverbot erlassen worden. Der Zusammenbruch nach Rom erledigt aus unbekanntem Gründen Störungen.

### Die polnischen Einfälle.

Dr. Ueber den Umfang der polnischen Aktion teilt

Unterstaatssekretär Dr. Broß folgendes mit. Der Wunsch der polnischen Aktion gegen unsere Ostgrenze ist noch nicht getilgt. Wir sind bestimmt durch die Waffenstillstandsbedingungen dazu gezwungen unsere Truppen bis auf die Grenze von 1914 zurückzuführen, weiter aber nicht. Die augenblickliche deutsche Regierung hat gegen das polnische Vorgehen bei den Ententemächten Einspruch erhoben und alle militärischen Vorkehrungen getroffen, um den polnischen Einbruch unmöglich zu machen. Selbstverständlich steht das polnische Vorgehen in keinem Gegensatz zu den Wilson'schen proklamierten Rechtsbegriffen und zu den Waffenstillstandsbedingungen der Entente. Die Frage der künftigen Ostgrenze Deutschlands wird auf der Friedenskonferenz entschieden werden. Vorläufig wird jedem polnischen Einmarsch über die Grenze von 1914 hinaus mit Waffengewalt entgegengetreten.

Dr. Posen, 14. Nov. Der A. u. S. Rat der Stadt Posen erklärt, daß alle Gerichte über Fälle polnischer Legionäre in die Provinz Posen, sowie über Plünderungen irgend welcher Art unbegründet sind.

### Nach Westdeutschland.

Dr. Köln, 14. Nov. Vom Lande wird gemeldet: Viele der in Köln von der Volksmenge wider den Willen der Soldaten freigelassenen Anhaften des Gefängnisses und Justizhäuser machen sich unliebsam auf dem Lande bemerkbar. Vieles stellen sich die Leute, die völlig droht und arbeitslos sind, den ländlichen Behörden. Zum Teil sprechen die Leute direkt den Wunsch aus wieder nach Köln zurückgebracht werden, damit sie Unterkunft und regelmäßiges Essen bekämen.

Dr. Ahenb, 14. Nov. Infolge der eingetretenen politischen Ereignisse wurden die für heute angeordneten Stadtratsversammlungen aufgehoben und beschloß des Stadtratsvorsitzenden die Verlängerung der ablaufenden Mandate um ein Jahr.

Dr. Siedeln, 14. Nov. Die bei der Einhebung der Rüstungsarbeiten und der eventuell bald folgenden Demobilisation eintretenden Schwierigkeiten dürfen dadurch behoben sein, daß sämtliche für diesen Zweck bereit erklärt haben, diejenigen Siedelner Soldaten, die bei der Mobilisierung bei ihnen gearbeitet haben, sofort wieder einzustellen, ohne die letzten Arbeiter zu entlassen.

Dr. Siedeln, 14. Nov. In das Haus des Kommerzienrats Holz hierseits kamen mehrere Personen in Soldatenuniform und verlangten die Auslieferung von Geld und Wertpapieren. Da h. immer krank darniederliegt, war es den Einbrechern leichter, ihren Zweck zu erreichen. Mit einer Beute im Werte von 8000 M. gingen sie ab. Die Polizei hat die Verfolgung in die Hand genommen.

Dr. Oldamb, 14. Nov. Unsere Stadt ist in den letzten Tagen zur großen Garnison geworden; 3. Zt. halten sich hier über 9000 Soldaten auf.

Dr. Kempen, 14. Nov. In nicht geringer Anzahl waren Sonntag viele Bauern des hiesigen Bezirks verhaftet worden: das Gerücht, es treffe eine Strafexpedition von 2000 Mann, aus Essen ein, um die Bauern, die den Eisenhäutern gegenüber Arbeiterpreise gefordert, zu entsetzen. Selbstverständlich gab es eine solche Expedition nicht. Ein Späßvogel hatte sich wohl den Scherz erlaubt, das Gerücht auszustreuen.

Dr. Mülheim-Ruhr, 13. Nov. Unter Hinzuziehung der Direktoren der Firma Thonny u. Co. Aktien-Gesellschaft und des Friedrich-Wilhelms-Hüfte folgt gestern morgen eine gemeinsame Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates und des Ernährungsausschusses der Stadt Mülheim-Ruhr statt zwecks endgültiger Einführung des Achtstundentages.

Dr. Essen, 14. Nov. Bei Trupp wurden bisher etwa 10 000 auswärtige Arbeiter entlassen. Die Firma ist weiter bemüht, die ausländischen und auswärtigen Arbeiter abzutransportieren, um Platz zu gewinnen für die zurückkehrenden Soldaten.

Dr. Essen, 14. Nov. Der Arbeiter- und Soldatenrat zieht den Erlaß eines allgemeinen Alkoholverbotes in Erwägung. Der Rat, 14. Nov. Die Untermänner der Unter-Neubau, Raugel und Lütgendorrmund, die dem A. u. S. Rat Schwierigkeiten bereiten, wurden ihres Amtes entsetzt.

Dr. Dortmund, 14. Nov. Um die Ernährung vornehmlich durchzuführen zu können, sollen alle nicht in Dortmund ansässigen Militärpersonen aus der Stadt entfernt werden. Eine scharfe Überwachung und Kontrolle der am Hofen liegenden Lebensmittel ist bereits in die Wege geleitet worden.

Dr. Hannover, 14. Nov. Die städtischen Kollegien nahmen das als Folge der politischen Ereignisse gestellte Vorschlagsbuch des Stadtdirektors an und wählten den sozialdemokratischen Abgeordneten Leinert zum Stadtdirektor. Das Bürgerwörterbuchkollegium soll zunächst bald neu gewählt werden.

Dr. Hünneburg, 14. Nov. In Hünneburg untersteht ein junges Mädchen einem russischen Hünneburger. Der Russe hatte die Erlaubnis erhalten, in seine Heimat zurückzukehren und lud seine Geliebte noch einmal zu einem Abendessen ein, den sie nie nach dem Kurpat unternahm. Was dort ausfallen werden vorgekommen ist, konnte noch nicht aufgeführt werden. Sie wurden beide mit Schußwunden aufgefunden. Das junge Mädchen am Hals und der Russe am Kopf und in der Brust. Beide wurden in das Krankenhaus geschafft. Dort ist der Russe seinen Verletzungen erlegen. Das junge Mädchen ist schwer, aber nicht lebensgefährlich verwundet.

### Aus aller Welt.

Dr. Das endgültige Ergebnis der 2. Kriegsanzahl.

Dr. Das Ergebnis der 2. Kriegsanzahl beträgt nach den bisher in Berlin vorliegenden Meldungen ohne die zum Umsatz gelangten alten Kriegsschulden 10 337 000 000 M. Teilzahlungen stehen noch aus, so daß sich der Gesamtbetrag noch etwas erhöhen dürfte. Im Hinblick auf die historischen Verhältnisse, unter denen die Kriegsanzahl aufgelöst wurde, muß dieses Ergebnis, wenn gleich es an die Resultate der früheren Anleihen erklärlicherweise nicht heranreicht, doch als höchst befriedigend bezeichnet werden. Die bisherigen Kriegsanzahlen hatten folgende Ergebnisse: 1. Anleihe (Okt. 1914): 4481 Millionen M., 2. Anleihe (April 1915): 9106 Millionen M., 3. Anleihe (Oktober 1915): 12 162 Millionen M., 4. Anleihe (April 1916): 10 788 Millionen M., 5. Anleihe (Oktober 1916): 10 699 Millionen M., 6. Anleihe (April 1917): 13 122 Millionen M., 7. Anleihe (Oktober 1917): 12 628 Millionen M., 8. Anleihe (April 1918): 14 760 Millionen M., 9. Anleihe bisher 10 337 Millionen M., zusammen: 98 007 Millionen M.

Dr. Reichstagsabgeordneter Frhr. v. Camp f. Dr. Berlin, 14. Nov. Der Reichstagsabgeordnete Frhr. v. Camp ist an der Grippe gestorben.

## Aus Stadt und Land.

\* **Siegen**, 16. Nov. Die Vaterlandspartei Ortsgruppe Siegen hielt gestern Abend im großen Saale des Hotel „Groschütz“ eine Mitgliederversammlung ab, die sich zum Besonderen der Nationalversammlung am 1. Dez. zu beschäftigen. Der Saal konnte die Teilnehmer nicht fassen. Geb. Hofrat Professor Dr. Sievers als Vorsitzender gab wichtige Mitteilungen. Alle anderen Redner, und es waren deren nicht wenige, legten Wert darauf zu betonen, daß bei den bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung alle Bürger und alle bürgerlichen Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen müssen. Es ist weiter von allen Rednern wiederholt hervorgehoben worden, daß auch alle parlamentarischen Wünsche zu realisieren müssen und das Bestreben aller Bürgerlichen dahin gerichtet sein muß, daß Deutschland als ein ganzes Staatsgebilde bestehen bleibt. Wir Deutsche haben seit dem Tage der Einigung von 1871 einen Aufstieg ohne gleichen erlebt, was nicht der Fall gewesen wäre, wenn das Einzelstaatenwesen nach 1871 fortbestanden hätte. Ob dieser vom Ausland uns benedictete wirtschaftliche Aufstieg je wieder eintreten wird, ist sehr fraglich, wenn die Zustände, wie sie jetzt sind, nicht gründlich revidiert werden. Für ganz Deutschland eine Monarchie und mit einem Kaiser an der Spitze, das sei ihm — so sprach der Stadtverordnete Krumm es offen aus — viel lieber als sich ein Chan, wie es jetzt über uns hereingebrochen ist. Augenblicklich ist nichts zu ändern. Für die Nationalversammlung hat ein Jeder, der da will, daß Deutschland wieder empor kommt, als Deutscher zu handeln. Da auch die Frauen und weiblichen Personen über 21 Jahre nunmehr das Recht haben zu wählen, so ist es außerordentlich wichtig auch diese mit der Politik vertan zu machen. — Die Besammlung verlief sehr lebhaft, obgleich auch Nichtmitglieder zu Worte kamen.

\* **Darmstadt**, 13. Nov. Heute erschien der Beauftragte des Frankfurter Arbeiter- und Soldatenrats für Nachrichtenwesen, Reichstagsabgeordneter W. Biedel, mit dem Beauftragten des Soldatenrats bei der Inspektion der Kriegsgefangenenlager des 18. A.-K., noch im Kriegsgefangenenlager Darmstadt. Vor ungefähr 2000 französischen Kriegsgefangenen hielt Biedel auf französisch eine Ansprache, in der er auf die Umwälzung aller Verhältnisse in Deutschland hinwies, im Interesse der gemeinsamen Sache der Demokratie um freiwillige Einordnung in die für den Abtransport notwendigen Vorschriften hat und die Hoffnung ausspricht, daß nach soviel durch die Schuld ihrer Nachbarn vergessenen Gut die beiden Nachbarvölker künftig in guter Freundschaft leben würden. Er schloß die Ansprache mit den Worten: „Es lebe Deutschland! Es lebe Frankreich! Es lebe die deutsch-französische Freundschaft!“ Die versammelten Kriegsgefangenen gaben wiederholt Zustimmungsgelächter von sich und spendeten in ihrer Mehrheit dem Sprecher lebhaften Beifall.

\* **Mainz**. Die Grippe ist gegenwärtig in ganz Rheinlanden im vollen Aufschwung. Die Zahl der Todesfälle ist zuwachsgegangen und die Krankheitsfälle werden zahlreicher. Die Krankheit ist zwar noch keineswegs völlig überwunden, aber der Höhepunkt ist sicher überschritten.

\* **Frankfurt a. M.**, 11. Nov. Die Stadtverwaltung hat heute die für die Nationalversammlung am 1. Dez. 1848, bittet die Nationalversammlung, die verfassunggebende Nationalversammlung nach Frankfurt in die Paulskirche zu verlegen, deren Wahlen sich vor allem auch den Abgeordneten Deutsch-Oesterreichs öffnen würden.

\* **Frankfurt**, 12. Nov. In der letzten Nacht wurde von der Station Bebra gemeldet, daß sich eine Anzahl bewaffneter Leute verschiedener Wagen bemächtigt habe, um nach Frankfurt zu fahren und den Hauptbahnhof in ihre Gewalt zu bringen. Der Frankfurter Bahnhofskommandant traf sofort die nötigen Vorkehrungen. Durch schnelle Verhaftung aller Mannschaften wurde der Hauptbahnhof geräumt. Dreißig Minuten später wurde in der Einfahrt aus den ankommenden Wagen Schüsse abgegeben, denen sofort die Maschinengewehre antworteten. Nach wenigen Minuten hörte die Schießerei auf. Die bewaffnete Bande hatte eiligst die Flucht ergriffen. Einige Personen wurden verletzt, doch sind die Verletzungen leicht. Man sieht hieraus, daß alle Vorkehrungen getroffen sind, um Raub und Mord zu verhindern.

\* **Göhr** a. M. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat von sämtlichen Bürgermeistern in des Reiches Beifzug ergriffen und deren Vermählung abgenommen. — Heute mittag fand hier eine Volkskundgebung für die sozialistische Republik statt. Auf Anordnung des Arbeiter- und Soldatenrates wurde vom letzten Montag an für die Beamten und Arbeiter der Postanstalt ein Mittagstisch mit der gleichen Speisefolge eingerichtet, jedoch eine Bezugsung der Beamten, über die schon seit langem von der Arbeiterkassette geklagt wurde, nunmehr in Fortfall kommt. Die gleiche Maßnahme verhängte der A. und S. Rat auch in der chemischen Fabrik Geleheim-Elektron.

\* **Marburg**. Auch die blühende Stadtverwaltung will die Schädigungen, welche der Regen dem Handwerk zugefügt hat, ausgleichen lassen. So wurde in der heutigen Stadtverordnetenversammlung eine Anleihe von 300000 Mark beantragt, die zum Bauen von 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

Was die Stadt bei der Einigung zuletzt, soll aus Mitteln der Heberische der Sparkasse beglichen werden. — Ferner wird der Beitritt zur Siedlungs-Gesellschaft „Sächsische Heimstätte“ mit einem Kapital von 15000 Mark beschlossen.

\* **Sulda**, 11. Nov. Heute hat sich ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet, der für Ruhe und Ordnung, Schutz von Leben und Eigentum Sorge trägt.

\* **Wroffen**. Fürst Friedrich von Waldeck-Pyrmont hat freiwillig auf die Regierung verzichtet.

\* **Sassel**, 12. Nov. Wie der Arbeiter- und Soldatenrat mitteilt, haben sich gestern von ansehnlichen Elementen angeführt, in der Stadt vorübergehend unruhige Szenen ereignet. Offizieren wurden und sächsischen Heeruntergeordneten und andere große Ungehörigkeiten angetan. Die Anführer sind auf der Stelle festgenommen und wehrlos gemacht worden. Ruhe und Ordnung wurden binnen ganz kurzer Zeit wieder hergestellt. Der Rat macht erneut darauf aufmerksam, daß alle Schritte gegen diese Anordnungen aus schärfster bestanden werden. Wer Plünderungen begeht oder die Ruhe und Sicherheit gefährdet, wird dem Arbeiter- und Soldatenrat vorgeführt und, wenn er auf feldische Tat erlappt wurde, auf der Stelle standrechtlich erschossen.

\* **Berlin**. Am 16. November vereinigte sich im Flugverbandhaus eine große Anzahl von Männern und Frauen verschiedener Partei und errichtete den **demokratischen Volksbund**. Zur Beauftragung hatten eingeladen: Professor Karl Becker, Prof. Branstoff, Ernst von Borst, Professor Albert Günther, Professor Emil Fischer, Konrad Hähnle, Dr. Hauptmann, Professor Heinrich Hecker, Professor Friedrich Meindl, Dr. Friedrich Naumann, Walther Rathenau, Professor Salsch, von Siemens, Adam Stierwald, Professor Ernst Tröltzsch, Professor Alfred Weber. Der demokratische Volksbund will alle diejenigen zusammen, die den Wandel der Zeit anerkennen, an einer neuen Ordnung auf demokratischer Grundlage mitarbeiten wollen und die unverzügliche Einberufung einer Nationalversammlung fordern.

### Stadt-Theater.

Mittwoch, den 20. November, nachmittags 3<sup>1/2</sup> Uhr: **Drei alte Schachteln**.  
Freitag, den 22. November, abends 7<sup>1/2</sup> Uhr: **Ein Frühlingsoffer**. Schauspiel in 3 Akten von G. von Hofsting.  
Sonntag, den 24. November (Totensonntag): **Keine Vorstellung**.

Beantwortlich: Albin Klein in Siegen.



In diesem Augenblick der Wehen, die Deutschlands Leib und Seele erschüttern, damit, wie wir erhoffen, ein neues lebensstarkes Reich geboren werde, dürfen alle, die für des Landes Schicksal eine Verantwortung in sich fühlen,

**nicht einsam, vereinzelt abseits bleiben.**

Wir halten nicht zu dem Bertrümmerten, sondern zu dem werdenden. Wir stellen uns rückhaltlos dem Volke, seinem Willen und seinen Vertretern zur Verfügung. Wir wollen nach besten Kräften, wo man uns braucht, der werdenden Gestalt dienen. Wir wollen mitwirken, daß die Wurzeln des geistigen und wirtschaftlichen Lebens im großen Wandel der Dinge, den wir gut heißen, nicht Schaden leiden, sondern neue Kraft gewinnen.

Emil Abderhalden, Fritz Andreas, Professor Ballod, Franz Behrens, F. A. Beyerlein, Karl Becker, Peter Behrens, Georg Bernhard, Graf Bernstorff, Moritz Bonn, Professor M. Borchardt, E. von Borst, Robert Borch, Heinrich Braun, Lujo Brentano, Richard Dehmel, Professor Deussen, Felix Dentsche, Oberbürgermeister Dominicus, Albert Einstein, Emil Fischer, Wilhelm Flügel, August Gaus, Johann Giesberts, Freiherr Heinrich von Gleichen, Paul Goldmann, Walter Goetz, Dr. Stefan Grohmann, Dr. Guggenheimer, Wilhelm Gutschke, Fritz Haber, Dr. Hachenburg, Hermann Hahn, Hanspohn, Professor Harries, Konrad Hähnle, Ernst Hardt, Karl Hauptmann, Gerhart Hauptmann, Professor Hatzfeld, Professor Heilbron, Felix Heimann, Direktor Henrich, Professor Herkner, Theodor Hause, Dr. Höfele, Ernst Jaesch, Professor James Israel, Professor Jastrow, Dr. Hans Jordan, Edwin Kay, Maximilian Kempner, Oberstudienrat Krieschensteiner, Professor Killan, Professor Klingenberg, Albert Köber, Professor Kraus, Professor Friedrich Lenz, Max Liebermann, Paul Mamrotz, Dr. Gustav Mayer, Friedrich Meinecke, Graf Metternich, Richard von Möllendorf, Alexander Moshkowsky, Dr. August Müller, Hermann Mathusius, Friedrich Naumann, Oskar Hermann Onken, Franz Oppenheimer, Albert Osterried, Bruno Paul, Franz Paul, Gustav Paul, Theodor Pflüner, Walter Rathenau, Professor Rathger, Georg Reinke, Dr. Riezler, Lehmann Köhl, Franz Köhr, Heinrich Kubens, Karl Ludwig Schleich, Oberbürgermeister Scholz, Alice Salomon, Dr. Walther Schotte, Professor Seeberg, von Siemens, Professor Sievers, Werner Sombart, Adam Stegerwald, Hugo Stinnes, Otto Stollberg, Dr. Thimme, Ernst Tröltzsch, von Eschudi, Ludwig Tuallon, Dr. Valentiner, Professor Werworn, Adolf Wach, Alfred Weber, Fritz Wägher, Max Wiesner, von Winterfeld, Menkin Nathan Jung.

Auf dem Boden dieses Bekenntnisses ist der

## Demokratische Volksbund

errichtet worden.

Die erste Erklärung des Demokratischen Volksbunds lautet:

**Wir treten ein für unverzügliche Einberufung der National-Versammlung für Deutschland und Deutsch-Oesterreich auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes in der Form der Verhältniswahl mit gleichem Recht für beide Geschlechter.**

Wir erwarten, daß eine Gesetzgebung, die in die Grundlagen unseres geistigen sozialen und wirtschaftlichen Aufbaues eingreift, nicht beginnt, bevor die Nationalversammlung gesprochen hat.

Deutsche Männer und Frauen schließt Euch dem Demokratischen Volksbund an.

Beitrittserklärungen sind zu richten an

Dr. Franz Pauli, Flugverbandhaus Berlin, Blumhof 17.

